



20.07.2016

Gremium	Datum der Sitzung
Hauptausschuss	25.07.2016

Klärungsbedarf zur Dringlichkeitsentscheidung Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 74439/03 (2145/2016) unter TOP 5.1.1

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion begrüßt, dass nun schnell Ersatzunterkünfte für Flüchtlinge gebaut werden sollen. Dies ist wichtig, um die Situation der Flüchtlinge im Hinblick auf ihre Unterbringung in Massenunterkünften ohne Privatsphäre signifikant zu verbessern und die Aufnahmebereitschaft in der Bevölkerung nicht zu gefährden. Die Dringlichkeitsentscheidung der Verwaltung „Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 74439/03; Arbeitstitel: Gewerbegebiet Rösrather Straße in Köln-Rath/Heumar, 2. Änderung“ (2145/2016) enthält nur rudimentäre Informationen zu dem eigentlich auf dem Grundstück geplanten Vorhaben. Ihr ist insbesondere nicht der unmittelbar kausale Zusammenhang zwischen der vorgelegten Beschlussfassung und dem dringenden Bedürfnis nach Freiziehen von Turnhallen zu entnehmen. Zudem muss dabei aber immer auf eine gerechte Verteilung und transparente Verfahren geachtet werden. Eine abschließende Beurteilung ist deshalb noch nicht möglich. Die SPD-Fraktion bittet die Verwaltung bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 25.07.2016 folgende Fragen schriftlich zu beantworten:

1. Wann wird der Standort für die Flüchtlinge bezugsfertig sein? Rechnet die Verwaltung zu diesem Zeitpunkt noch damit, dass Flüchtlinge in Schulsporthallen untergebracht sind?
2. Die Dringlichkeitsentscheidung bezieht sich auf die Stellungnahmen bzw. den Beschluss zum eigentlichen Bebauungsplan. Wie sieht das weitere Verfahren aus? Wird es für die Errichtung der Ersatzunterkünfte eine weitere Beschlussvorlage bezüglich der Baumaßnahmen geben? Wann soll diese den zuständigen Gremien vorgelegt werden?
3. Der Beschlussvorlage ist nicht zu entnehmen, welches Konzept der Errichtung der Ersatzunterkünfte zu Grunde liegt.
 - a) Wie viele Gebäude sollen errichtet werden?
 - b) In welcher Bauweise sollen diese errichtet werden?
 - c) Wie viele Geschosse sollen die Gebäude haben?
 - d) Wie lange sollen die Unterkünfte mindestens am Standort betrieben werden?
 - e) Handelt es sich um eine dauerhafte Maßnahme zur Flüchtlingsunterbringung? Falls nein, wie ist der zeitliche Horizont für die Nutzung als Flüchtlingsstandort und gibt es Planungen für eine Anschlussnutzung?

4. Welches Unterbringungskonzept liegt der geplanten Maßnahme zugrunde? Ist vorgesehen, dass die Menschen hier langfristig eine Bleibe finden sollen, oder soll diese Einrichtung für die Menschen jeweils nur dem Übergang dienen, um Flüchtlinge über andere Unterkünfte weiter zu vermitteln und sie dann erst dauerhaft zu integrieren?
5. Die Vorlage spricht davon, dass am Standort Gemeinschaftsunterkünfte errichtet werden sollen. Ist das zutreffend? Welchen Standard sollen die Unterkünfte bekommen? Wie fügt sich dies in die bisherigen Leitlinien bzw. Standards für die dauerhafte Unterbringung von Flüchtlingen ein? Braucht es eine Korrektur der bisherigen Standards?
6. Plant die Verwaltung die Bürgerinnen und Bürger vor Ort über die geplante Maßnahme zu unterrichten? Falls ja, wann und in welcher Form soll dies geschehen? Wird es ein Integrationskonzept geben und wie soll die angrenzende Bevölkerung in diese einbezogen werden?
7. Wie schätzt die Verwaltung die Integrationsfähigkeit der umliegenden Veedel Neubrück, Rath/Heumar und Ostheim jeweils ein und wie wird sich das neue Vorhaben auf die Sozialstruktur der Veedel auswirken?
8. Wie fügt sich die Planung am Standort Gewerbegebiet Rösrather Straße in die Gesamtsituation der Flüchtlingsunterbringung im Stadtgebiet ein? Sieht die Verwaltung die Maßnahme im Einklang mit der sozialen Verteilungsgerechtigkeit? Die Verwaltung wird gebeten, ihre Entscheidung anhand einer Gesamtübersicht der bestehenden sowie geplanten temporären und dauerhaften Standorte für Flüchtlingsunterkünfte zu erläutern.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin